



# Landtags-Infoblatt

## Olympia: Volksbefragung kommt!

KPÖ legte 11.000 Unterschriften vor –  
Finanzielles Abenteuer und „Himmelfahrtskommando“

**Im Februar hatten SPÖ, ÖVP und FPÖ noch gegen eine Volksbefragung gestimmt. Jetzt soll die steirische Bevölkerung befragt werden, ob das Land eine Olympia-Bewerbung von Graz und Schladming unterstützen soll. Ein Erfolg der KPÖ.**

Sollte die Landesregierung nicht Wort halten und die Befragung hinauszögern, wird die KPÖ die von ihr gesammelten Unterschriften einreichen. Dann muss – zumindest in Graz – eine Abstimmung stattfinden. Das Ergebnis ist zwar rechtlich nicht bindend, aber alle Parteien haben sich inzwischen dazu bekannt, das Ergebnis zu akzeptieren. Der Grazer Bürgermeister Nagl, der Kritiker der Olympia-Bewerbung öffentlich als „Lügner“ bezeichnete und eine Befragung vehement ablehnte, ist dagegen machtlos.

In einer Pressekonferenz am 3. Juli präsentierten die Grazer Stadträtin Elke Kahr und KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler

11.031 überprüfte Unterschriften. 10.000 sind nötig, um in Graz eine Volksbefragung zu abzuhalten. Sollte die Ankündigung der Regierung umgesetzt werden, eine landesweite Volksbefragung durchzuführen, ist eine Einreichung nicht nötig. „Dann haben wir unser Ziel erreicht. Aber wenn die Regierung eine Entscheidung hinauszögert oder eine unseriöse Fragestellung vorlegt, werden wir die Unterschriften einreichen“, so Elke Kahr, die sich bei allen, die unterschrieben haben, bedankte. „Mit ihrer Unterschrift haben sie unserer Forderung, dass so eine weitreichende Entscheidung nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen werden darf, Recht gegeben.“

### Kein Landesgeld für Olympia

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler brachte am 3. Juli im Landtag zwei Dringliche Anfragen ein. „Jetzt wird den Leuten alles versprochen: Billige, bescheidene und umweltfreundliche Spiele. Aber das war bei früheren Spielen auch schon so. Trotzdem sind die Kosten immer explodiert, wenn die Spiele näher gerückt sind. Wir möchten deshalb ein klares Bekenntnis des Landtags, dass kein Landesgeld in die Spiele fließt“, so Klimt-Weithaler. Finanzlandesrat



Lang hat sich deutlich dazu bekannt, keine Haftungen für Graz und Schladming zu übernehmen und kein Geld aus dem Landesbudget für Olympische Spiele zu verwenden. Ein Regierungsmitglied bezeichnete die Spiele laut einem Medienbericht sogar als „Himmelfahrtskommando“. Die Kritikpunkte der KPÖ an der Olympia-Bewerbung: Die Kosten wurden in allen Olympia-Städten um durchschnittlich 179 Prozent überschritten. Die finanziellen Nachwehen wären noch sehr lange zu spüren, wenn die Spiele längst vergessen

sind. Es gibt auch keine ökologisch nachhaltigen Winterspiele. Nachhaltig war bisher immer nur die Teuerung der Wohn- und Lebenshaltungskosten an den Austragungsorten.



# Steirische Seniorinnen und Senioren bei ÖV-Tarifen benachteiligt

## KPÖ für Abschaffung der ÖBB-Vorteilskarte als Voraussetzung für ÖV-Ermäßigung im Verkehrsverbund

In der Steiermark müssen Seniorinnen und Senioren eine ÖBB-Vorteilskarte kaufen, um in den Genuss ermäßigter Tarife für öffentliche Verkehrsmittel zu kommen. Schuld daran ist eine Regelung des Verkehrsverbundes, die das vorschreibt. Die KPÖ setzte sich im Landtag erneut dafür ein, dass die Seniorenermäßigung auch ohne diese Karte gilt. Denn viele benötigen die Plastikkarte um 29 Euro sonst gar nicht.

„Während das Jahresticket innerhalb von Graz auf Betreiben der KPÖ stark vergünstigt wurde, gibt es außerhalb der Landeshauptstadt keine Ermäßigungen. Auch für Pensionistinnen und Pensionisten ist das Jahresticket um ein Vielfaches teurer als in anderen Bundesländern“, kritisiert der KPÖ-Abgeordnete **Werner Murgg**.

Ältere Menschen erhalten im Steirischen Verkehrsverbund eine Ermäßigung von 38 Prozent auf den Kauf von Einzeltickets (Stundenkarten und Tageskarten). Dafür müssen sie allerdings die ÖBB-Vorteilskarte um 29 Euro kaufen. Ein Lichtbildausweis, der das Alter (derzeit ab 63 Jahren)



nachweist, reicht nicht. Die KPÖ hat mehrere Anläufe unternommen, diese Regelung abzuschaffen. Diese wurden aber bisher immer wieder von der Landesregierung abgeblockt.

**Steiermark: viel teurer als andere Bundesländer**

In anderen Bundesländern gibt es eine ermäßigte Jahreskarte, die ohne Verpflichtung zum Kauf der ÖBB-Vorteilskarte zu einem vergünstigten Preis erworben werden kann. Im Land **Salzburg** gibt es ein Jahresticket für SeniorInnen um **299 Euro**. Diese Jahreskarte gilt im ganzen Bundesland (Busse,

Bahnen, Regionalexpress, Intercity). In **Vorarlberg** erhalten Personen über 63 ohne Vorteilskarte eine Jahreskarte für alle öffentlichen Verkehrsmittel zum Preis von 260 Euro, der Partner bzw. die Partnerin ab 63 im selben Haushalt erhält die Jahreskarte zum Preis von 195 Euro.

In **Wien** gibt es eine Jahresnetzkarte für Seniorinnen und Senioren für den Preis von 235 Euro. Für den Erwerb ist der Kauf der ÖBB-Vorteilskarte nicht nötig. In **Tirol** können Seniorinnen und Senioren ab 63 eine Jahreskarte für den gesamten Verkehrsverbund um **250 Euro** erwerben. Ab einem Alter von 75 Jahren kostet diese Jahresnetzkarte in **Tirol** überhaupt nur 125 Euro – der Kauf einer ÖBB-Vorteilskarte ist nicht nötig.

**In der Steiermark kostet eine Jahreskarte für das gesamte Bundesland 2.160 Euro – ab 1. Juli 2018 sind es 2.209 Euro. Eine Ermäßigung für Seniorinnen und Senioren gibt beim Kauf einer Jahreskarte nicht.**

sowie wirkungsvolle Kontrollen in den Heimen wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

### Mängel in Pflegeheimen

In ihrem Bericht über die Situation in den Alten- und Pflegeheimen hat die Volksanwaltschaft gravierende Mängel festgestellt. Besonders hervorgehoben werden darin die zu geringe Personalausstattung und mangelnde Betreuungsqualität in vielen Pflegeheimen, vor allem in der Nacht.

Mehr Personal und bessere Kontrollen sind die Voraussetzung für eine Verbesserung der Lage. Derzeit beträgt der Schlüssel in Stufe 5 etwa 1:2,2. Das bedeutet, dass für 2,2 pflegebedürftige Personen ein Vollzeitäquivalent zu rechnen ist, aber nicht, dass auch tatsächlich so viel Personal dort Ort ist. **Damit zu jeder Stunde am Tag zumindest eine Pflegekraft anwesend ist, benötigt man 5,3 Vollzeit-Dienstposten!**

# Unverschämte Tarifierhöhung bei der Post

## LAbg. Klimt-Weithaler: „Versand wird künstlich verlangsamt, um höhere Gebühren zu erzwingen“

Die Post AG dünnt ihr Filialnetz immer weiter aus, auch die Tarife werden immer unerschwinglicher. Nun führt die Post eine absurde Erhöhung der Versandgebühren ein, indem die Zustellung von Briefen künstlich verlangsamt wird, wenn Kundinnen und Kunden nicht bereit sind, einen Aufpreis zu bezahlen. Die Briefzustellung am nächsten Tag kostet 80 Cent, bei zwei bis drei Tagen Lieferzeit sind es 70 Cent. Beim Tarif „Eco-Business“ beträgt der Preis 65 Cent, dafür dauert die Zustellung vier bis fünf (!) Tage.

Vorher zahlte man für einen einfachen Brief, der laut Post meist schon am nächsten Tag ankommt, 68 Cent. Das bedeutet, dass die Post die Briefe mit dem billigsten Tarif absichtlich ein paar Tage liegen lassen muss, obwohl sie in einem Tag zustellbar wären. Damit wird der Briefverkehr künstlich verlangsamt und ohne Zwang ineffizienter gemacht, um die Teuerung zu rechtfertigen.

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**: „Trotz steigender Gewinne und Dividenden für die Aktionäre werden laufend Filialen geschlossen und die Tarife absurd erhöht, nicht nur ins Ausland. Auftrag der Post sollte es eigentlich sein, der Bevölkerung ein flächendeckendes Angebot zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Die Vorgänge bei der Österreichischen Post AG zeigen, wohin die Privatisierungspolitik geführt hat.“

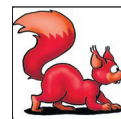
# Pflegegeld und mehr Personal: KPÖ-Initiativen im Landtag abgelehnt

Seit Einführung des Pflegegeldes ist der Wert dieser Leistung drastisch gesunken. Seit 1993 wurde es um 14,5 % angehoben, während die Teuerung in diesem Zeitraum 53,7 % betrug. Die KPÖ setzt sich für eine Erhöhung ein, welche die Teuerung ausgleicht. Eine weitere Initiative der KPÖ zielt auf eine Verbesserung der Qualität in steirischen Pflegeeinrichtungen ab.

80.000 Steirerinnen und Steirer beziehen Pflegegeld. 1993 wurde diese Leistung eingeführt, um pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt über die Pflegeform bestimmen zu können. Da Erhöhungen nur selten erfolgten und dabei weit unter der Inflation blieben, ist es zu einer starken Abwertung der Pflegegeldebeträge gekommen. In Verbindung mit anderen Kostensteigerungen am Gesundheitssektor ist die gewünschte Pflegeform für viele kaum noch leistbar.

Für **KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler** ist eine automatische jährliche Valorisierung (Anpassung an die Teuerung) die einzige Möglichkeit, den Wertverfall des Pflegegeldes zu stoppen. „Bei vielen Gebühren ist es längst traurige Normalität, dass es eine automatische Erhöhung gibt. Bei den steirischen ÖV-Tarifen darf diese sogar das 1,75-Fache der Teuerung betragen. Warum sollten also umgekehrt nicht auch wichtige Leistungen wie das Pflegegeld oder die Familienbeihilfe an die Preissteigerungen angepasst werden?“, fragt die KPÖ-Abgeordnete.

Der Antrag der KPÖ an die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine Valorisierung des Pflegegeldes einzusetzen, wurde in der Landtagssitzung am 3. Juli 2018 von SPÖ, ÖVP und auch der FPÖ, die sich früher zu dieser Forderung bekannt hat, abgelehnt. Ein weiterer KPÖ-Antrag auf Anhebung des Personalschlüssels



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: [ltk@stmk.gv.at](mailto:ltk@stmk.gv.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

# KPÖ im Landtag: IN KÜRZE

## Sozialversicherung: Zusammenlegung ist erster Schritt zur Privatisierung

Die schwarzblaue Bundesregierung arbeitet daran, die österreichischen Sozialversicherungen zusammenzulegen. Dadurch soll angeblich eine Milliarde Euro gespart werden – das ist mehr, als die gesamten Verwaltungskosten ausmachen. Die KPÖ warnt davor, dass die Zwangsfusion der Kassen ein erster Schritt zu einer Privatisierungswelle und Leistungskürzung ist. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Wir haben in der Steiermark gesehen, dass die Versprechungen, es würde nichts schlechter werden, ihr Geld nicht wert sind. Es geht nicht um eine Verwaltungsvereinfachung, sondern um eine Einschränkung der Leistungen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, damit privaten Anbietern der Boden bereitet wird.“* Klimt-Weithaler erinnert daran, dass Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker die Zahlen der Regierung zur Zusammenlegung der Sozialversicherungen „magisch“ nannte. Sie seien „nur schwer zu glauben“.

## Totalprivatisierung der Hypo

Mit dem Verkauf der verbliebenen Anteile an der Hypo-Landesbank an den Raiffeisen-Konzern gibt das Land Steiermark den letzten Rest Kontrolle am Bankensektor auf. Das sagte KPÖ-LAbg. Werner Murgg zum Ausverkauf der steirischen Landesbank, der im Juni bekannt wurde.

1995 wurde die Landes-Hypothekenbank Steiermark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, das Land Steiermark blieb aber alleiniger Eigentümer. 1998 wurden zuerst 49 % der Anteile an die Raiffeisen-Landesbank Steiermark verkauft, 2002 weitere 25 Prozent. Dem Land verblieben 25 Prozent plus eine Aktie. Dieser Restanteil wandert nun um 52 Millionen Euro ebenfalls an Raiffeisen – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kartellbehörde und die Bankenaufsicht.

## Asbest in Frohnleiten

In Frohnleiten werden seit Jahren mehrere Tonnen Asbest gelagert. Das hochgiftige Material ist seit 2003 verboten und muss unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen entsorgt werden. In Frohnleiten geschah dies offenbar nicht, die Lagerung erfolgte laut Medienberichten „unsachgemäß

und teilweise ungesichert“ in offenen herumliegenden Säcken.

Die KPÖ forderte von Umweltsenator Anton Lang lückenlose Aufklärung und bestmögliche Unterstützung für die Betroffenen. *„Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass alle, die mit dem Giftstoff in Kontakt gekommen sein könnten, die Möglichkeit erhalten, sich unverzüglich auf gesundheitliche Schäden überprüfen zu lassen“*, appellierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an die Landesregierung.

## Murauer: Lohnsenkung wird mit steirischer Wirtschaftsförderung belohnt

Die Brauerei Murauer plant für 2019 eine Umstrukturierung ihres Geschäfts. Das ermöglicht es dem Unternehmen, einen Teil der Belegschaft nach einem neuen Kollektivvertrag anzustellen. Für die Betroffenen bedeutet das Einbußen beim Lohn. KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisierte: *„Die Brauerei sitzt auf 19 Mio. Euro Eigenkapital und lässt sich großzügig aus dem steirischen Budget mit 216.000 Euro fördern. Trotzdem werden die Beschäftigten auf einen ungünstigeren Kollektivvertrag umgestellt, um die Personalkosten zu reduzieren, wie es so schön heißt. Dafür sollte es keine Landesmittel geben!“*

## Steirisches Doppelbudget: Viele Worte, wenig Klarheit

Wortreich, aber unkonkret hat die steirische Landesregierung am 2. Juli die Eckpunkte zum Landesbudget für die Jahre 2019 und 2020 vorgestellt. Allerdings war schon im Vorfeld klar, dass es sich dabei lediglich um vage Bekundungen handelt. Denn über die bundespolitischen Rahmenbedingungen herrscht völlige Unklarheit. Daran erinnert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Bekannt ist nur, dass die Verschuldung des Landes auf 5,2 Milliarden Euro ansteigen wird, obwohl der Sparkurs im Gesundheits- und Sozialbereich weitergeführt wird. Eine von Finanzsenator Lang vorgenommene Einschätzung der Risikofaktoren zeigt, dass die größte Unsicherheit in den Mitteln liegt, die das Land Steiermark aus dem Finanzausgleich erhält. Diese könnten durch die geplante Steuerreform der Bundesregierung für die steirische Bevölkerung sehr teuer werden.

## 12-Stunden-Tag: SPÖ macht Rückzieher

Über 100.000 Menschen aus ganz Österreich haben Ende Juni gegen den 12-Stunden-Tag demonstriert, die SPÖ war auch dabei. Zwölf Stunden arbeiten am Tag, 60 Stunden in der Woche, das bedeutet nicht nur weniger Freizeit, sondern auch ein höheres Gesundheitsrisiko und Lohnverlust. Jeder Widerstand gegen dieses Gesetz ist richtig und wichtig.

Würde sich der Landtag Steiermark gegen diese Verschlechterungen aussprechen, wäre das ein starkes Zeichen – ein solches Bekenntnis forderte die KPÖ am 3. Juli. Leider stimmten nicht nur ÖVP und FPÖ, sondern auch die Abgeordneten der SPÖ gegen den Antrag. Pikant: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher, der in der Steiermark Landtagsabgeordneter ist, war bei der Abstimmung leider „verhindert“.

## Brutale Schlachtungen: Verbesserungen nicht ausreichend



Immer wieder erreichen uns Berichte über tierquälische Schlachtungen. Sowohl bei legalen Schlachtungen an großen Schlachthöfen als auch bei privaten illegalen Schlachtungen in Hinterhöfen wird häufig kein Wert auf tierschonende Behandlung gelegt. Die KPÖ stellte deshalb am 20. September 2016 den Antrag, Kontrollen und Strafen bei Tierquälerei deutlich zu erhöhen. Der Antrag wurde vom Landtag einstimmig angenommen.

Auch bei legalen Schlachtungen wird häufig kein Wert auf tierschonende Behandlung gelegt. In Landes- und Bundesregierung scheinen viele davon auszugehen, dass dabei Tierquälerei nicht zu vermeiden ist. Tiere müssen deshalb oft große Qualen erdulden. In Österreich werden jährlich über 5 Millionen Schweine, 600.000 Rinder, 150.000 Schafe und 77 Millionen Hühner geschlachtet. Das dabei immer wieder entstehende Tierleid erfordert deutlich mehr Engagement bei den Kontrollen und auch wirkungsvolle Strafen bei Verstößen.

Da seit dem Beschluss des Landtags beinahe zwei Jahre vergangen sind, befragte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der

Landtagssitzung am 5. Juni 2018 den für Tierschutz zuständigen Landesrat Lang (SPÖ), welche Maßnahmen seither ergriffen bzw. umgesetzt wurden. Landesrat Lang verwies auf verschiedene Initiativen beim Gesundheitsministerium, denen aber keine nennenswerten Schritte gefolgt sind. Im eigenen Wirkungsbereich des Landes Steiermark wurden tierärztliche Kontrollen verstärkt und 13 große Schlachtbetriebe im Bereich der Schlachtung und des Tiertransports überprüft.

Claudia Klimt-Weithaler: *„Es ist anzuerkennen, dass es offenbar einige Bemühungen gegeben hat, im Bereich des Tierschutzes Verbesserungen im Sinne des Antrags zu erreichen. Allerdings ist eine grundlegende Änderung der Situation nicht in Sicht. Die Landesregierung, neben Landesrat Lang auch der für Veterinärfragen zuständige Landesrat Drexler, ist ebenso wie die Bundesregierung aufgefordert, dem Thema endlich die nötige Bedeutung zu geben. Es ist schön, dass unser Antrag Wirkung gezeigt hat, aber es ist sicher noch viel Druck nötig. Wir werden auf jeden Fall unseren Beitrag dazu leisten.“*

# Spitäler-Kahlschlag im Bezirk Liezen: Land hat kein glaubwürdiges Konzept!

Klimt-Weithaler: „Bei Spitalsreform haben Einsparungen Vorrang, Versorgung ist zweitrangig“

Im Zuge der sogenannten „Spitalsreform“ werden entsprechend den Plänen des Gesundheitslandesrates Drexler die derzeit bestehenden Spitalstandorte Bad Aussee, Rottenmann und Schladming geschlossen. Ein einziges „Leitspital“ in Trautenfels soll sie drei Krankenhäuser ersetzen. Dieser Kahlschlag war am 5. Juni Gegenstand einer Dringlichen Anfrage im Landtag.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler warf der Landesregierung vor, kein glaubwürdiges Konzept zu verfolgen. Für das Personal, die Patientinnen und Patienten und deren Angehörige bedeuten die Schließungen der Spitäler in Bad Aussee, Schladming und Rottenmann sehr lange Anfahrtswege und für die gesamte Region eine gefährliche Ausdünnung der Infrastruktur. Gleichzeitig bestehen Zweifel an der verkehrstechnischen Eignung des neuen Standorts.

Heftige Kritik übte Klimt-Weithaler an der geplanten Realisierung des Krankenhauses als PPP-Projekt (Public-private-Partnership), bei der in aller Regel die Öffentlichkeit zahlt, während Private steuerbegünstigt Gewinne lukrieren. „Die Spitäler in Bad Aussee und Schladming sind in einem sehr guten Zustand, das LKH Rottenmann wurde in einzelnen Bereichen erst kürzlich saniert. Die Errichtung des neuen ‚Krankenhauses Ennstal‘ wird mindestens 250 Millionen Euro kosten und mit fragwürdigen Finanzierungsmethoden errichtet“, warnt Claudia Klimt-Weithaler vor dem ge-

sundheitspolitischen Kahlschlag im Bezirk Liezen.

„Im Strukturplan Gesundheit stehen Einsparungen im Vordergrund, die Versorgung ist zweitrangig. Niemand verlangt, dass jedes Krankenhaus jede denkbare Spezialisierung beinhalten muss. Aber eine Grundversorgung muss gegeben sein“, hält die KPÖ-Abgeordnete Landesrat Drexler entgegen. Dieser wirft der Opposition vor, für ein Überangebot an medizinischer Versorgung in den Krankenhäusern einzutreten. Dabei werden zwei von drei Spitälern geschlossen, das verbleibende wird beschönigend als „Leitspital“ bezeichnet. Das ist ein Etikettenschwindel, da es keine weiteren Spitäler im Bezirk mehr geben wird. Wegen der zu erwartenden Engpässe in der medizinischen Versorgung stoßen die Pläne von Gesundheitslandesrat Drexler bei einer deutlichen Mehrheit der Steirerinnen und Steirer auf Ablehnung, nicht nur im Bezirk Liezen.

Die bestehenden Spitalstandorte im größten Bezirk Österreichs wurden unter Berücksichtigung der gesundheitspolitischen Notwendigkeiten und der geografischen Besonderheiten gewählt. Aus manchen Gemeinden ist mit Anfahrtszeiten von über 40 Minuten zu rechnen. Die KPÖ stellte deshalb bereits in der Landtags-sitzung am 10. April 2018 den Antrag, die derzeit bestehende Spitalsstruktur im Bezirk Liezen zu erhalten. **Der Antrag fand keine Mehrheit, da SPÖ, ÖVP und Grüne dagegen stimmten.**

## KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

# Wohnen darf nicht arm machen



Am 28. Mai übergab die KPÖ im Parlament 8000 Unterschriften an NRAbg. Mag. Ruth Becher (SPÖ), Vorsitzende des Baute-nausschusses. Damit wollen wir darauf aufmerksam machen, dass die Regierung endlich gegen die explodierenden Wohnkosten aktiv werden muss.

Laut einer Umfrage vom Vorjahr sprechen sich 72 Prozent der österreichischen Bevölkerung für die Einführung von Mietzinsobergrenzen aus. Die schwarz-blaue Bundesregierung plant aber das Gegenteil und will den Eigentümern ermöglichen, noch höhere Mieten zu kassieren. Damit löst Bundeskanzler ein Versprechen an die Immobilienlobby ein.

Umfragen und Studien zeigen, dass die Vorschläge der KPÖ von der Mehrheit geteilt werden. 92 % der Österreicherinnen und Österreicher wünschen sich staatliches Engagement für niedrigere Wohnkosten. Unser Land liegt bei öffentlichen Ausgaben für Wohnbau weit unter dem EU-Durchschnitt. Und eine Eigentumswohnung ist für die meisten keine Alternative, denn für 81 % ist Wohnungseigentum unerschwinglich.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Trotzdem ist es für viele zum Luxus geworden, weil die Miet- und Betriebskosten seit Jahren unverhältnismäßig steigen. Die Bundesregierung bereitet weitere Verschlechterungen im Mietrecht vor, statt der Teuerung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben. Ohne Druck von unten wird nichts Positives für die Mieterinnen und Mieter geschehen. Deshalb ist es besonders wichtig, den Nationalrat mit unseren Vorschlägen für niedrigere Wohnkosten zu konfrontieren. Wohnen muss wieder erschwinglich werden!

Auf der Webseite des Parlaments kann die Initiative noch unterschrieben werden, bis die Behandlung abgeschlossen ist!

<https://tinyurl.com/wohnpetition>

Claudia Klimt-Weithaler,  
Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark

**KPÖ**  
STEIERMARK

## Für Sie da

Claudia  
Klimt-Weithaler  
Ihre Vertreterin im  
Landtag Steiermark

E-Mail: [ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at) • [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Tel. 0316 / 877-5104



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, NRAbg. Ruth Becher (SPÖ), KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber (v.l.n.r.) bei der Unterschriftenübergabe im Parlament.